Auszug aus der Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Soziales
am Montag, den 21.11.2022, um 17:00 Uhr
im Hermann-Rothert-Saal (Gebäude C 3.OG) des Rathauses der Samtgemeinde
Bersenbrück, Lindenstraße 2, 49593 Bersenbrück
(SGOS/005/2022)

Öffentlicher Teil

5. Verkehrsregelung durch die örtliche Feuerwehr zur Sicherung gemeindlicher Veranstaltungen
Vorlage: 3149/2022

Ausschussvorsitzende Edith Kormann ruft den TOP auf. Sie erteilt Andreas Schulte das Wort.

Die Befugnis zur Verkehrsregelung obliegt grundsätzlich nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung den Polizeivollzugskräften. Die Feuerwehren dürfen lediglich bei Brand- und Hilfeleistungseinsätzen zur Absicherung einer Einsatzstelle vorübergehend in die Verkehrsregelung eingreifen.

Mit dem zum 18.07.2022 neu eingeführten § 2 Abs. 6 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) kann eine Gemeinde beschließen, dass abweichend vom § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 Satz 1 der Straßenverkehrsordnung (StVO) auf Beschluss des Rates zur Sicherung von gemeindlichen Veranstaltungen die Befugnisse für die Verkehrsregelung durch die örtliche Feuerwehr wahrgenommen werden kann, soweit hierfür Polizeivollzugskräfte nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung stehen. Eine Gefährdung der Wahrnehmung der eigentlichen Aufgaben darf nicht eintreten.

Mit der Regelung werden die bisherigen Befugnisse der Feuerwehr zur Einleitung von Sicherungsmaßnahmen an Einsatzstellen im öffentlichen Verkehrsraum um die Absicherung von gemeindlichen Veranstaltungen unter bestimmten Randbedingungen erweitert. Die Regelung dient nicht dazu, eine neue Aufgabe zu definieren, sondern lediglich dazu, eine Rechtsgrundlage und somit Rechtssicherheit für die bisherige Praxis der örtlichen Feuerwehren zu schaffen, die diese Aufgabe aufgrund der Einbindung in die örtliche Gemeinschaft und aufgrund ihrer Kenntnis bei der Absicherung von Einsatzstellen im Verkehrsraum mit übernommen haben.

Unter gemeindliche Veranstaltung sind solche Veranstaltungen zu verstehen, die aus der kommunalen Gemeinschaft heraus initiiert sind, unabhängig davon, ob die Gemeinde selbst oder ein ortsansässiger Verein als Veranstalter auftritt. Es muss sich dabei um eine Veranstaltung handeln, zu der jedermann Zutritt hat. Hierzu zählen etwa Brauchtums-, kirchliche und ähnliche Umzüge im Straßenraum der Gemeinde. Tritt die Gemeinde nicht

selbst als Veranstalter auf, muss die Veranstaltung seitens des Veranstalters bei der Gemeinde angezeigt werden. Der Veranstalter muss die Gemeinde im Vorfeld informieren und deren Erlaubnis einholen. Wird diese erteilt, so handelt es sich um eine gemeindliche Veranstaltung im Sinne des NBrandSchG.

Aufgrund des geschilderten Sachverhaltes wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, wie beschrieben zu verfahren. Das Kommando der Feuerwehr in der Samtgemeinde Bersenbrück hat sich mehrheitlich für diese Vorgehensweise ausgesprochen.

Ausschussmitglied Hüdepohl erkundigt sich, ob für die Maßnahme ein erhöhter Ausbildungsbedarf bei der Feuerwehr erforderlich ist. Dies ist nicht der Fall.

Seitens der Polizei begrüßt Ausschussmitglied Wilke als Polizeibeamter diese rechtliche Änderung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes. Hierdurch wird die schon gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr weiter gestärkt.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht, sodass über den Beschlussvorschlag abgestimmt wird.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss zu fassen.

Abweichend von § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 Satz 1 der Straßenverkehrsordnung erhalten die örtlichen Feuerwehren in der Samtgemeinde Bersenbrück zur Sicherung von gemeindlichen Veranstaltungen die Befugnisse für die Verkehrsregelung, sofern hierfür Polizeivollzugskräfte nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung stehen. Die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (Brand- und Hilfeleistung) dürfen dabei nicht gefährdet werden.

Die Übertragung bedarf in jedem Fall einer Einzelfallentscheidung.